

Neues aus Niedersachsen - Unser Newsletter aus Hannover für die Region



CDU
Fraktion
Niedersachsen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde, das April-Plenum des Jahres 2024 liegt hinter uns. Und es war wieder ein Denkwürdiges. Mit der erneuten Verkürzung von drei auf nur noch zwei Plenartage und der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der „Gehaltsaffäre in der Staatskanzlei“ gibt die Niedersächsische Landesregierung ein diskutables Bild ab. Uns motiviert die Arbeit der Regierung umso mehr, unsere Ideen einzubringen und jedes Plenum erneut aufzuzeigen, wo überall der Schuh drückt. Uns eines können Sie uns glauben: Die Liste ist seit der Landtagswahl unter der Rot-Grünen Landesregierung kein Stück kürzer geworden.

Auch in unseren Fachbereichen sind in den letzten Wochen wieder einige Themen aufgekommen, denen wir uns widmen konnten. Vom Hannoveraner Flughafen im Wirtschaftsbereich bis zu Lauterbachs Krankenhausreform im Sozialressort war wieder vieles dabei. Auch das Plenum wurde der Themenvielfalt gerecht: Clan-Kriminalität, N-Bank und Ausbau der Häfen in Niedersachsen. Und auch im Wahlkreis und darüber hinaus gab es wieder spannende Termine. Wen wir alles treffen durften, erfahrt ihr wie immer auf unserer Bilderseite am Ende des Newsletters.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und eine gute Zeit.

Herzliche Grüße



Lechner: Flüchtlingszahlen sind ein Alarmsignal für unsere Kommunen, die Aufnahme- und Integrationsgrenze ist erreicht



„Unsere Kommunen ächzen unter der Belastung durch die zahllosen Flüchtlinge, die Aufnahme- und Integrationsgrenze ist vielerorts überschritten, es sind keine Kapazitäten mehr vorhanden. In diese kritische Lage platzt nun die Meldung von Innenministerin Behrens, dass Niedersachsen in den kommenden sechs Monaten weitere 21.000 Flüchtlinge aufnehmen soll, ohne dass dafür ausreichend Kapazitäten geschaffen wurden“ erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion zu den heute veröffentlichten Flüchtlingszahlen durch das Landesinnenministerium.

„Es grenzt schon an Dreistigkeit, wenn die Innenministerin erklärt, dass die Kommunen nun wieder offene Aufnahmeverpflichtungen hätten, und im gleichen Atemzug sagt sie, dass die Kommunen großen Belastungen ausgesetzt sein. Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Der Ausbau neuer Aufnahmekapazitäten dauert viel zu lange und bei den Rückführungen geht es nicht voran“, so der Fraktionsvorsitzende.

„Wir müssen jetzt den Zuzug begrenzen, mit denjenigen, die eine Bleibeperspektive haben, müssen wir eine ver-

pflichtende Integrationsvereinbarung schließen und diejenigen, die keine Aussicht auf Asyl haben, müssen zügig zurückgeführt werden. Diese Personen dürfen auch gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden“, erläutert Lechner.

Der Verweis von Ministerin Behrens auf die Verantwortung der EU sei unlauter. Zwar sei es richtig, dass man starke EU-Außengrenzen brauche und auch Asylverfahren an den Außengrenzen und es zu einer fairen Verteilung bei der Aufnahme kommen müsse.

„Aber die Wahrheit ist auch, dass Bundesregierung und Landesregierung zu wenig tun, um Anreize nach Deutschland zu kommen, zu unterbinden. Das fängt mit der nicht einheitlichen Bezahlkarte an und endet bei den Asylverfahren an der EU-Außengrenze“, so Lechner.

Die CDU-Fraktion erwarte von der Landesregierung, dass sie ihren Worten Taten folgen lässt, den Kommunen hilft und sie entlastet, die Aufnahmekapazitäten drastisch erhöht und Ausreisepflichtige konsequent zurückführt.



Was uns umtreibt!

Die Wirtschaftlichkeit des Flughafens Hannover-Langenhagen erhalten und ausbauen!

„Als CDU-Fraktion ist es uns sehr bewusst, dass das Thema Nachtflugmöglichkeiten am Flughafen Hannover-Langenhagen emotional in alle Richtungen diskutiert wird und vor allem in der Region Hannover bei den Anwohnern ein großes Thema ist. Umso wichtiger ist uns daher, die Thematik nicht nur einseitig, wirtschaftlich zu betrachten, sondern das Thema ganzheitlich zu beleuchten“, so Marcel Scharrelmanns einleitende Worte in seiner Plenarrede zum Erschließungsantrag der AfD-Fraktion.

Gefordert hatte die Fraktion der AfD im Niedersächsischen Landtag in ihrem Antrag u.a., die Betriebsgenehmigung unabhängig der zu erstellenden Gutachten um 15 Jahre zu verlängern und auch das weitere Gutachten zur wirtschaftlichen Perspektive der Nachtflüge nicht mehr in Auftrag zu geben.

„Bei meinem Besuch am Flughafen Hannover und dem Gespräch mit der Geschäftsführung wurde schnell klar: Der Flughafen in Hannover wird nicht durch beschränkte Nachtflugmöglichkeiten eingegrenzt, sondern schlicht durch die Verfügbarkeit von Flugzeugen, Personal-mangel und ein verändertes innerdeutsches Reiseverhalten“, so Scharrelmann.

Als CDU-Fraktion stehen wir hinter unserem „Tor zur Welt“, aber wägen dabei alle Faktoren genau ab. Der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger in der Region muss bei Entscheidungen ebenso



eine Rolle spielen wie wirtschaftliche Überlegungen und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir stehen daher Forderungen, die einseitig, rechtlich unmöglich und sinnlos sind, nicht nur kritisch, sondern ablehnend gegenüber.

Kämmerling: Die CDU-Fraktion steht für eine klare Priorisierung: Energieziele vor Flächenzielen

„Die Energiewende bietet große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes, und wir wollen, dass Niedersachsen Windland Nr. 1 bleibt. Man muss es aber auch richtig anpacken. Im letzten Jahr wurden in Niedersachsen 131 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 638 Megawatt gebaut. Im gleichen Zeitraum wurden 99 Anlagen mit einer Leistung von 155 Megawatt zurückgebaut. Der Nettozubau beträgt also nur magere 483 Megawatt. Das ist nicht mal ein Drittel ihres eigenen Ziels von 1,5 Gigawatt pro Jahr. Die Ausweisung von Flächenzielen für den Ausbau der Windenergie ist grundsätzlich der falsche Ansatz. Dies führt dazu, dass weniger Kapazitäten für die Genehmigung von Anlagen zur Verfügung stehen. Außerdem verursacht es einen höheren Bürokratieaufwand“, so die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Verena Kämmerling.

„Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf, der Landkreise dazu zwingt, bis zu 4 Prozent ihrer Fläche für Windenergie auszuweisen, ist für zahlreiche Regionen nicht tragbar. Unsere Alternative, die freiwillige Übertragung von Windenergieflächen zwischen Landkreisen, wurde leider von Rot-Grün abgelehnt, obwohl dies Flexibilität geschaffen und stark betroffene Landkreise entlastet hätte. Auf Druck der CDU-Fraktion enthält das Gesetz nun immerhin praxisnahe Vorgaben für die finanzielle Beteiligung der Bürger und Kommunen am wirtschaftlichen Erfolg“, so Kämmerling weiter.

Die CDU-Fraktion steht für eine klare Priorisierung: Energieziele vor Flächenzielen. Hier liegt der grundlegende Fehler schon in der Bundesgesetzgebung, die den Bundesländern starre Flächenziele vorschreibt.



Außerdem heißt neue Fläche auch nicht gleich ein neues Windrad. Anstatt an Flächenzielen festzuhalten, sollte die Landesregierung die Genehmigungsverfahren beschleunigen.

„Es ist an der Zeit, dass die Landesregierung nicht den Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen über den essenziellen Netzausbau stellt. Stattdessen sollten Leistungsziele gesetzt werden, die den flächendeckenden Einsatz erneuerbarer Energien ermöglichen“, so Kämmerling abschließend.



Hilbers: NBank stärken – Landesregierung muss Potenziale als Investitionsbank besser ausbauen

Seit nun insgesamt 20 Jahren hat Niedersachsen mit der NBank einen zentralen Ansprechpartner für Kommunen und Unternehmen – insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft. Daher sei es nun an der Zeit, mithilfe der NBank die niedersächsische Wirtschaft gezielt zu stärken, meint Reinhold Hilbers, CDU-Landtagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung.

„Die NBank kann ihre Potenziale viel besser ausbauen und gleichzeitig ihre Position stärken, indem wir insbesondere ihre Fähigkeit als Investitionsbank besser nutzen und ausbauen“, sagt Hilbers. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen sei dies besonders wichtig, sagt Hilbers weiter: „Die demografische Entwicklung, der

Klimawandel, die Digitalisierung und die für das Wachstum wichtigen Innovationen sind große Aufgaben, vor denen wir aktuell, aber auch in den kommenden Jahren, stehen. Den bestehenden Investitionsbedarf müssen wir daher mit Hilfe einer schlagkräftigen NBank dringend auflösen.“

Auch dort, wo die Geschäftsbanken nicht tätig werden, muss die NBank handlungsfähig sein“, so Hilbers weiter. „Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, der NBank mehr Möglichkeiten zu geben. Das geht beispielsweise durch die Erhöhung des Eigenkapitals. Auch eigenverantwortliches Engagement am Kreditmarkt soll für die NBank ausgeweitet werden“, sagt Hilbers. Eine Anpassung des NBank-Gesetzes ist erforderlich, um dem Kreditinstitut



weitere Bankgeschäfte zu ermöglichen und zinsverbilligte Darlehen anzubieten. Zudem soll es mit der NBank einen zentralen Ansprechpartner für alle Darlehens- und Förderprogramme des Landes geben. Durch die Einlagen des Wohnraumförderfonds in die NBank lassen sich auch das Eigenkapital stärken und damit die Kreditvergabemöglichkeiten ausweiten.



„Die CDU-Fraktion hat heute einen Antrag eingebracht, der darauf abzielt, die niedersächsischen Seehäfen verstärkt beim Ausbau zu unterstützen und endlich die Potenziale der erneuerbaren Energien zu nutzen. Das hat die Landesregierung trotz großer Ankündigungen bislang verschlafen“, so der Landtagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss

Moorkamp: CDU-Fraktion fordert verstärkten Ausbau niedersächsischer Häfen im Rahmen der Energiewende

für Häfen und Schifffahrt Hartmut Moorkamp.

Moorkamp erklärt dazu: „Minister Lies kündigt immer gerne etwas an, doch die Ergebnisse lassen auf sich warten. Niedersachsen verfügt über enorme Potenziale und Chancen im Bereich der erneuerbaren Energien, die wir besser aktivieren und unterstützen müssen. Es ist ein Fehler, die verschiedenen Bereiche der Energiewende nicht ganzheitlich zu betrachten.“ Moorkamp fordert, die Häfen endlich in den Mittelpunkt

der Energiewende zu rücken, um die selbst gesteckten Ziele, insbesondere beim Ausbau der Windenergie, zu erreichen. „Wir brauchen endlich einen Strategiewechsel, um Niedersachsen erfolgreich im europäischen Wettbewerb zu positionieren.“

„Der zukunftsorientierte Ausbau unserer Häfen ist machbar, er eröffnet nicht nur wirtschaftliche Chancen, sondern auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum“, so Moorkamp abschließend.



CDU
Fraktion
Niedersachsen

Unser Monat in Bildern

Praktikant Finn Schünemann



Landwirtschaftliches Hofgespräch
in Schwaförden



Eröffnung FossilienGrube Twistringen



Besuch bei Fa. Runge in Weyhe



Marré und Bley zu Gast in Hannover



Bundesverdienst-
kreuz für
Dieter Engelbart



Mittelstand im Fokus
in Stuhr



Europatag im Gymnasium Syke



Besuch beim Eisenwerk Bassum

